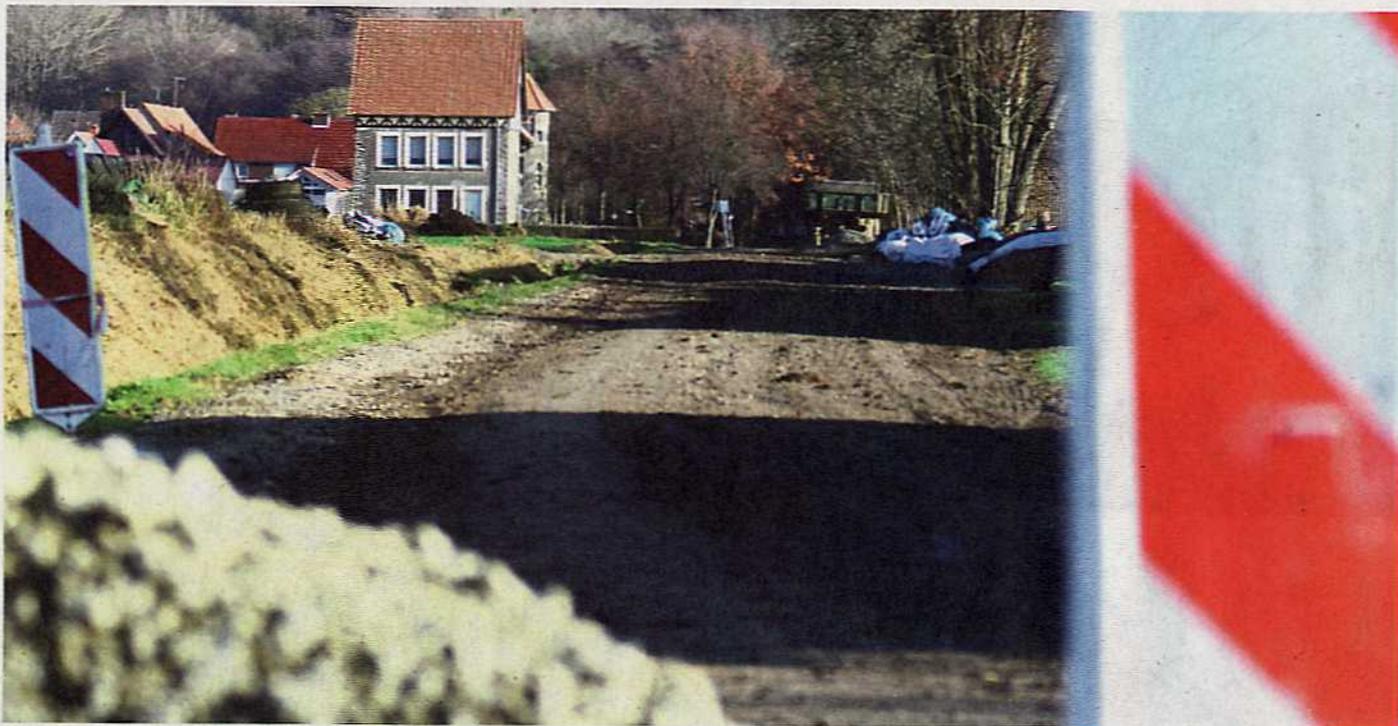


# Straße soll Wirtschaftsweg werden

„Hinter dem Dorfe“ in Lödingsen: Ortsrat plädiert für Entwidmung



Soll entwidmet werden: die Straße Hinter dem Dorfe in Richtung Hettenser Straße.

Hinzmann

VON JÖRN BARKE

**Lödingsen.** 1966 ist in Lödingsen die Straße „Hinter dem Dorfe“ gewidmet worden – nun soll sie nach dem Willen des Ortsrates wieder in den Status eines Wirtschaftsweges zurück. Der Ausbau der Straße sei nie erfolgt und in den nächsten 15 Jahren auch nicht vorgesehen, so Ortsbürgermeister Norbert Hille (SPD). Weitere Privatbauten an der Straße seien wegen der beiden Vollerwerbslandwirte schwierig. Die Straße solle nun wieder zurückgestuft werden,

um Instandhaltungskosten zu sparen.

Mit der Entwidmung der Straße ist die Sperrung für den Durchgangsverkehr verbunden. Nur Anlieger und landwirtschaftliche Fahrzeuge sollen noch auf dem Weg fahren können. In seiner Sitzung empfahl der Ortsrat einstimmig, in das Entwidmungsverfahren zu gehen. Endgültig muss darüber der Rat beschließen.

Hille teilte in der Sitzung außerdem mit, dass der Ver- und Entsorgungsverband Adelebsen begonnen hat, vom Erbsen

Hochbehälter aus die Trinkwasserleitungen nach Erbsen und Lödingsen zu erneuern. Die Trasse sei bis zur Landesstraße 554 oberhalb der Gartenstraße fertig. Im Herbst 2013 folge die Weiterführung der Leitung nach Erbsen und auch der Anschluss an die Gartenstraße. 2014 stehe dann die Verlegung am Feldrand bis in die Kurve „Schwülmetal“ an der L 554 an. Die erhebliche Investition sei notwendig, um die Versorgung von Erbsen und Lödingsen im Trinkwasserleitungsnetz zu verbessern.

Für Lödingsen soll laut Hille außerdem ein neuer Anlauf für eine bessere Breitbandversorgung erfolgen. Es soll versucht werden, hierfür Fördermittel aus dem GAK-Programm zu bekommen – GAK steht für „Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz“. Das Förderprogramm zielt auf Ort mit landwirtschaftlichen Unternehmen – in Lödingsen gibt es noch neun Haupt- und Nebenerwerbslandwirte. Im GAK-Programm ist ein Zuschuss für die Kommunen in Höhe von 90 Prozent möglich.